

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.—, monatlich 10.—, ...

Telegramm-Adresse:

Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 28. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Fehrenbachs Programmrede.

Nicht gegen die Arbeiter!

Herr Fehrenbach, der neue Reichskanzler, hat heute vormittag vor stark besetztem Hause seine Antrittsrede gehalten.

Inhaltlich bedeutet sein Programm, um es kurz zu sagen, Fortsetzung der Koalitionspolitik auch ohne die Sozialdemokraten, und man muß schon sehr scharf hinhorchen, um die deutschvolksparteilichen Untertöne, die sich in die gewöhnlichen Redefolger gemischt haben, herauszufinden.

Der Schuß der demokratischen Republik wird in feierlichster Form auf das bestimmteste zugesagt, ihr Ausbau im Sinne der Verfassung wird versprochen.

Was den positiven Inhalt des Programms betrifft, so ist von sozialdemokratischer Seite schon im voraus gesagt worden, daß man die neue Regierung nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen wird.

Der neue Reichskanzler schloß pathetisch — pathetischer als man es sonst im Reichstag zu hören gewohnt war — mit einem Appell an die Parteien, wobei er sich insbesondere an die Sozialdemokratie wandte.

Die Sitzung schloß mit einem feinen Geschäftsordnungsriegel der beiden sozialistischen Parteien. Nachdem Reichsminister Geiler die Interpellation der Unabhängigen über die Zeitfreiwilligen von Thalburg beantwortet hatte, beantragte Ledebour die Besprechung Rechte und Zentrum blieben sitzen, die Demokraten erhoben sich zunächst, lehnten sich aber auf einen Wink hin überackernderweise gleich wieder.

Die Ablehnung der Besprechung durch die bürgerlichen Parteien war weder sachlich gerechtfertigt noch ein taktisches Meisterstück.

Am Nachmittag wird als erster Redner aus dem Hause Scheidemann sprechen. Man kann jetzt schon sagen, daß seine Ausführungen nicht auf eine Ablehnung der neuen Regierung von vornherein, sondern auf ein kritisches Abwarten hinauslaufen werden.

Ueber Weiteres zu reden, wird später noch Gelegenheit genug sein.

Sitzung Montag, den 28. Juni 1920, 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen. Am Regierungstisch: Reichskanzler Fehrenbach, Dr. Heine, Koch, Simons, Birk, Herms, Sieberts, Erdner, Scholz, v. Raumer, Bruns.

Präsident Lübe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten. Er teilt mit, daß der Abg. Erdberger (Zentr.) wegen Krankheit vier Wochen Urlaub erbeten hat. (Beifall.) Weiter gibt er das Ergebnis der Schriftführerwahlen bekannt. Zu Schriftführern

wurden gewählt: Frau Schuch (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frau Agnes (L. Soz.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Keil (Dem.), Kempkes (D. Sp.), Heurmann (D. Sp.) und Kalkewitz (D. Sp.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Fehrenbach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahlen zum ersten Reichstag für den neuen deutschen Reichstag sind vorüber. Ihr Ergebnis spiegelt die Krisis wider, in der sich unser öffentliches politisches Leben befindet.

Krisis unseres Parteilebens

ungerissenheit verknüpft und deshalb unzerbrechbar waren. Wenn gleichwohl die Regierung entschlossen an ihre Arbeit herantritt, so tut sie es in der Zuversicht, daß auch dieses hohe Haus, von dem gleichen Verantwortungsgesühl getragen, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes erspriehliches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Behor ich Ihnen die neue Regierungsliste mitteile, erachte ich mich für verpflichtet, der abgetretenen Regierung, namentlich den aus ihr ausgeschiedenen Mitgliedern, vorab meinem Herrn Amtsvorgänger den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen. (Beifall.) Die Kritik hat ihrer Arbeit nicht gefehlt, wie sie keiner Regierung fehlen wird; aber das wollen wir feststellen: In schwerer Stunde haben sie verantwortungsvolle Ämter übernommen und mit der ganzen Gewissenhaftigkeit pflichteiferer Männer haben sie ihre schwere Aufgabe zu lösen versucht.

Der Reichskanzler verliest hierauf die Liste der Minister.

Das Programm der neuen Regierung.

Das ich nunmehr Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, ist entsprechend den Artikeln 62 bis 68 unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hohenfreudlicherweise ist dabei eine fadenlose Übereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zustande gekommen. Bei der Wichtigkeit der Sache halte ich gegenüber dem größeren Eindruck der freien Rede die getreue Wiedergabe des Wortlauts für erforderlich.

Die Wahlen zum ersten Reichstag des neuen deutschen Volkstages liegen hinter uns. Ihr Ergebnis spiegelt die Krisis wieder, in der sich unser innerpolitisches Leben befindet. Ueber ihre Ursachen zu philosophieren, ist nicht meine Aufgabe.

Der ersten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung vollauf bemüht.

Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwunden werden mußten. Schwierigkeiten, die mit der Krisis im deutschen Parteileben ungerissenheit verknüpft und daher unzerbrechlich waren. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß dieses hohe Haus, von dem gleichen Verantwortungsgesühl besetzt, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes, erspriehliches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Zahlreich sind die Aufgaben.

die trotz aller parteipolitischen Zerklüftung und trotz erdrunder Majoritätsbildung gelöst werden können und müssen, um die Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Volkes zu schaffen. Der Weg, den wir betreten müssen, wird uns zu einem nicht geringen Teile durch die gesamten Verhältnisse, in denen zu leben wir genötigt sind, geradezu vorgezeichnet. Nicht wie ein glückliches Volk in gesunder und gesicherter Wirtschaftslage können wir die Fragen unseres Lebens stellen, können wir an den Aufbau des Reichs, des Wohnhauses

Die Konferenz in Spa

steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über unsere auswärtige Politik.

Unsere Beziehungen zum Ausland wird die Signatur durch den Friedensvertrag von Versailles aufgedrückt, der wie eine dunkle Wetterwolke über unserem schwer getroffenen Vaterlande liegt. So notwendig es ist, niemals den Mut und die Hoffnung auf Besserung sinken zu lassen, so wäre es doch unredlich und unaufrecht, wenn ich den Versuch machen wollte, unsere Lage mit hellen Farben zu schildern, als die harte Wahrheit sie jedem Beobachter täglich zeigt. Die Bedingungen dieses Friedensvertrages legen dem deutschen Volke Lasten auf,

in der Geschichte keinen Vorgang

haben. Nachdem Deutschland im Zwange der höchsten Not diesen Vertrag angenommen hat, kann es, bis etwa die einstigen Gegner sich zu Änderungen entschließen werden, für keine Reichsregierung, wie auch ihre parteipolitische Zusammensetzung fern mag, eine andere Richtlinie geben als die, den übernommenen Verpflichtungen, insbesondere auch den Verpflichtungen zur Abrüstung und zur Wiedergutmachung nachzukommen, soweit dies überhaupt möglich ist, und sie

ehrlich und ohne Hintergedanken

zu erfüllen. Es ist bereits, wie nicht einbringlich genug gegenüber einer systematischen Verleumdung mancher Verbündeter und Unverbündeter unter unseren früheren Feinden betont werden kann, ungeheures geleistet worden. Ich will die traurige Aufzählung alles lassen, was wir bereits abgetreten und hergegeben haben, hier heute von Ihnen nicht wiederholen — es ist trotz aller beim Kriegsende schon vorhanden gewesenen Schwächung unserer Volkskraft unendlich viel mehr, als je ein anderer Volk den siegenden Gegnern geleistet hat. Wenn trotzdem nicht alle Bestimmungen der Verträge wirklich durchgeführt werden konnten, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands. Es gibt, wie ich wiederhole, keine maßgebliche Stelle in Deutschland, ja, es gibt auch, abgesehen von einzelnen Gruppen politisch einflussloser Partei, keine Partei, die nicht die

loyale Erfüllung des Friedensvertrages

als eine Notwendigkeit anerkennt. Auf Seiten eines Teiles unserer Gegner herrscht aber immer noch ein Mißtrauen gegen Deutschland, das vielleicht das schwerste Hindernis für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa bedeutet. Ich werde es als meine vornehmste Aufgabe betrachten, dieses Mißtrauen zu bekämpfen und alle unsere früheren Gegner davon zu überzeugen, daß im deutschen Volke militäristische Träume oder Revanchegedanken keinen Boden finden — und zwar um so wichtiger, je einschätzigter man und entgegentritt — und daß jeder gute Deutsche jetzt nur ein Wahrgesenes kennt:

den Wiederaufbau der Kriegzerstörungen

in ruhiger und friedlicher Arbeit. Wir haben in unserem gegenwärtigen Unglück die lebhafteste Mitempfindung dafür, wie schwere Wunden der Krieg auch anderen Ländern, besonders Frankreich, geschlagen hat, und wir können es menschlich verstehen, wenn sich dort wirtschaftliche Schwierigkeiten gerade wegen des für Frankreich so günstigen Kriegsausgangs doppelt unermüdlich fühlbar machen. An den ehernen Tatsachen des Wirtschaftslebens kann man aber durch Stimmungen nichts geändert werden: ein

ruiniertes, verarmtes Deutschland

kann ohne allen Zweifel nicht eine Stütze gleicher Stärke für den Wiederaufbau Europas sein wie ein arbeitsames und produzierendes Land. Man hat es daher in Deutschland mit Genugtuung, vielleicht anfänglich auch mit zu weitgehenden Hoffnungen begrüßt, wenn in den ehemals feindlichen Ländern Stimmen laut geworden sind, die Verständnis dafür bewiesen, daß wir, um Schäden wieder gutmachen zu können, zunächst selbst zu dauernder Ruhe und Ordnung und zu einer regelmäßigen Produktion gelangen müssen. Wir hegen die Hoffnung, daß diese Gedanken auch auf der Konferenz in Spa Wiederhall finden werden, und daß es dann gemeinsamer Arbeit gelingen wird, praktische Wege zu dem Ziel der Wiedergutmachung zu finden. An dem

guten Willen der deutschen Regierung

wird es dabei ebensowenig fehlen wie an der Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, seine gewaltige Arbeitskraft dafür einzusetzen, daß wirklicher Friede auf Erden herrschen kann. Sie werden es begreiflich finden, daß ich heute auf die Mittel, die nach Auffassung der deutschen Regierung diesem Zwecke dienen könnten, nicht näher eingehe — wir sehen gerade darin einen Fortschritt, daß diese so unendlich mannigfaltigen Probleme nun mündlich besprochen werden sollen, und wir können daher dieser Besprechung nicht vorgehen.

Den Zielen unserer auswärtigen Politik, Friede und Wiederaufrichtung von Handel und Verkehr mit allen Kulturvölkern, passen wir auch

unsere innere Politik

an. Unsere vordringlichste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes; diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform bezogen. In Zeiten der Arbeitslosigkeit können mit den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Aufträge vermittelt werden. Solche Aufträge dürfen allerdings nicht dazu dienen, die Preise künstlich hochzuhalten oder gar unangemessene Gewinne zu vermitteln. Nach einem wird zur Befundung unserer Wirtschaft unerlässlich sein: Wir müssen auf produktive Betätigung aller dazu verfügbaren Kräfte mit größtem Nachdruck hinarbeiten. Es wird einer Umgruppierung der Arbeitsmittel und der Arbeitskräfte im deutschen Erwerbsleben und in der deutschen Verwaltung nach dem Gesichtspunkte der höchsten Wirtschaftlichkeit bedürfen. Ein Punkt tritt hier hervor aus allem, was über die Wiederherstellung unserer Wirtschaft gesagt wurde: Auf dem Boden vorkriegszeitlicher Freiwirtschaft ist die Aufgabe nicht zu lösen. Es bedarf dazu einer zielbewussten Volkswirtschaftspolitik, eingeleitet auf das Gesamtwohl. Zur Durchführung die-

Der Politik wird das beabsichtigte engste Zusammenwirken der Wirtschaftskräfte, in erster Linie des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums, ferner auch der Verkehrs- und Verwaltungsbehörden. Diese Politik wird ferner auf weitestgehende sachmännliche Beratung gestützt werden. Die Regierung begrüßt es daher lebhaft, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstag der vorbereitende Reichswirtschaftsrat seine Arbeit beginnt. Zusammenfassung und Arbeitsmethode des endgültigen Reichswirtschaftsrats zu bestimmen, ferner in den Bezirkswirtschaftsräten den Unterbau für den Reichswirtschaftsrat zu schaffen, eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats sein. Gemäß: Die Wiederherstellung unserer Wirtschaft macht uns ernste Sorgen. Aber das Bild unserer Wirtschaft zeigt hier und da auch eine lichtere Stelle.

Die Kohlenförderung
hat sich gegen das Vorjahr bereits gehoben. Es ist gelungen, die Zahl der Bergleute um 70 000 bis 80 000 Arbeiter zu erhöhen. Freilich bestehen noch große Verkehrsbehinderungen, die die volle Auswertung der Produktionssteigerung beeinträchtigen. Aber auch hier ist eine gewisse Besserung festzustellen. Mit allem Nachdruck soll sie gesteigert werden durch entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete des Wasserverkehrs, um so insbesondere eine bessere Versorgung Süddeutschlands zu ermöglichen.

An der Fortführung der Sozialreform hält die Regierung fest. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung bedarf zwar noch eingehender Vorbereitungen. Dagegen wird schon bald eine Anpassung dieses Gesetzes an die veränderten Verhältnisse erfolgen müssen, um wenigstens den dringenden Bedürfnissen der Versicherten sowohl, als auch der Versicherungsträger gerecht zu werden. Die Regierung denkt dabei vor allem an den

Aufbau neuer Lohnklassen
und an eine neue Festsetzung der Beiträge entsprechend den höheren Leistungen der Invalidenversicherung. Die baldige Einbringung von Vorlagen zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung ist beabsichtigt.

Eine Gesetzesvorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichsrat bereits vor. Ihre beschleunigte Erledigung ist in gleicher Weise ein Ziel und jeden Versuch einer gewaltsamen Umwälzung, woher er auch kommt, niederzukämpfen.

Auf den

Grundmauern der Verfassung von Weimar
soll der Ausbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden. Kein Zweig der an Zahl und Bedeutung stets wachsenden Staatsaufgaben darf vernachlässigt werden. Die Neuorganisation des gesamten Bildungswesens und der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die Ausgestaltung des Rechts der Beamten, die Einsetzung höherer Gerichte als Hüter der Verfassung und der Grundrechte der Deutschen wird die Regierung und den Reichstag in nächster Zeit in reichem Maße beschäftigen.

Die Mühe in der leidlichen Ausbildung unserer männlichen Jugend, die der unabweisbare Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht gefordert hat, soll auf neuen Wegen durch Pflege der körperlichen Erziehung ausgefüllt werden.

Der Wiederaufbau, dem die Reichsregierung in erster Linie dienen will, muß sich auf alle Gebiete der Volkswirtschaft und der Kultur erstrecken. Neben den

berechtigten Ansprüchen des Volkes

auf Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse sollen die Aufgaben nicht vernachlässigt werden, die aus jahrhundertlangem Geistes- und Wissenschaftswesen erwachsen sind. Der Platz, den deutsche Forscher- und Unternehmertum in der Welt errungen und deutsche Technik und Werkkunst geistert haben, muß uns erhalten bleiben, der Ruhm der deutschen Wissenschaft abgeholt werden.

Bei seinem Vorgehen aber wird sich das Ministerium von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß der Wiederaufbau auf den mannigfachen Gebieten zwar eine starke und entschiedene Einheitlichkeit in den Grundzügen erfordert, daß aber nicht die Ausgestaltung und Durchführung bis in die Einzelheiten Sache des Reichs sein darf, vielmehr den Ländern im Rahmen des Reichsrechts Freiheit der Entwicklung gewährt und geschaffen werden soll. Einer

Überspannung der Zentralisation

werden wir uns widersetzen. Sie führt zur Unübersichtlichkeit und schafft unnötige Reibungsflächen. Das Eigenleben unserer deutschen Stämme und Länder hat an Bereicherung der deutschen Kultur und an dem Aufblühen unseres Wirtschaftslebens stets seinen großen Anteil gehabt und soll nur da seine Grenze finden, wo es das Wohl des Reichs verlangt. Die Fühlung mit den Landesregierungen durch persönliche Zusammenkünfte enger zu gestalten, betrachten wir als unsere Aufgabe.

Dem Gedanken der Achtung und Schonung der Eigenart der deutschen Stämme wird das Ministerium auch gegenüber den Anregungen zum Zusammenschluß und zur Umbildung von Ländern und Landesteilen folgen und den Willen der Bevölkerung in den beteiligten Gebieten als Richtschnur anerkennen, soweit kein überwiegendes Reichsinteresse entgegensteht.

Die Durchführung der

Reorganisation der Reichswehr

wird — das ist die feste Hoffnung der Reichsregierung — dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Wehr zu überbrücken. Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn die Reichswehr in immer wachsender Nähe sich als Teil des Volks fühlt und bekundet, und wenn auf der anderen Seite alle Kreise des Volkes immer größerem Verständnis gewinnen für die Lebensbedürfnisse des Heeres und die Schwierigkeiten, mit denen es noch zu kämpfen hat.

Die durch den Friedensvertrag übernommene Verpflichtung zur

Verabfolgung der militärischen Nachmittel

wird lokal erfüllt. Die Kopfstärke der Reichswehr ist trotz der entgegenstehenden ersten Schwierigkeiten bereits auf 200 000 Mann herabgesetzt. Kriegsgerät aller Art ist in ungeheurem Umfang zerstört worden. Lassen Sie sich nicht von dieser Stelle einige Zahlen geben: 35 000 Geschütze und Geschützrohre, 40 000 Maschinengewehre, 1 1/2 Millionen Gewehre, 15 Millionen Artilleriegeschosse, 25 Millionen Gewehrpatronen sind der mit der Herstellung des Kriegsgeräts betrauten Reichsreparaturgesellschaft bereits übergeben worden. Wer angeht diese Zahlen unseren guten Willen zur Erfüllung der einschlägigen Friedensbedingungen noch bezweifelt, dem muß der gute Glaube abgesprochen werden. Solch Zweifel gegenüber den angeführten Tatsachen dient bewußt und beabsichtigt der

Fortsetzung der Bevölkererhebung

und sabotiert das laut verkündete Ziel der Bevölkererhebung. Auf die Frage der weiteren Verminderung der Reichswehr will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Wie Sie wissen, ist das der Gegenstand von Verhandlungen zwischen uns und den Regierungen der alliierten Mächte. Ich kann mir jedoch nicht versagen, an dieser Stelle auf die unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten hinzuweisen, die weitere umfangreiche Entlassungen von Heeresangehörigen in der nächsten Zeit im Gefolge hätten.

Wir stehen in einer Wirtschaftskrise,

die eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Es ist bei dieser Sachlage zurzeit nicht möglich, weitere Zehntausende von Heeresangehörigen in das Wirtschaftsleben zu überführen, ohne daß ernste Gefahren für die Ruhe und Ordnung im Reich zu befürchten sind.

Die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung hat nicht alle Gesetze, die zur Ergänzung der Verfassung erforderlich sind, verabschiedet können. Sogar das letzte Wahlgesetz war nur

ein Notbehelf der Eile. Es wird dabei schwerlich sein Bewenden haben können. Es steht noch aus ein Reichsgesetz über das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren. Gemäß Artikel 11, 188 und 148 der Reichsverfassung und im Anschluß an die Beratungen der kürzlich abgehaltenen Reichshauptkonferenz wird ein Reichswahlgesetz zu erlassen sein, auf dem dann die Landesgesetzgebung weiterbauen kann. In welcher Reihenfolge diese Gesetze in Angriff zu nehmen sind, wird die Regierung noch näher prüfen müssen.

Im Gefolge des Krieges und der Bedürfnisse der Nachkriegszeit haben sich neue Verwaltungsorgane gebildet, deren Aufgabenkreis sich nun mit dem der anderen älteren Verwaltungsorgane vielfach überschneidet. Für ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten aller Verwaltungsorgane und den Abbau entbehrlicher gewordenen wird zu sorgen sein. Jede Ueber- und Doppelorganisation in der Verwaltung ist grundsätzlich abzulehnen. Bei diesen Reformen ist die Selbstverwaltung der Länder zu achten und im Geiste der Reichsverfassung unter Ablehnung einer weitergehenden Zentralisation auszubauen. Demgegenüber steht die hohe Aufgabe der Länder, das Reich nach allen Richtungen zu stützen und zu fördern.

In der Frage der Besetzung von Beamtenstellen vertritt die Regierung die Auffassung, daß Fähigkeit, Charakter und besondere Eignung in erster Linie entscheidend sein müssen. Der

Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft

wird für lange Jahre das Problem sein, an dessen Lösung die Denks- und Arbeitskraft der Volksgemeinschaft unablässig geiebt werden müssen.

Die Hälfte unseres gesamten Sachvermögens vor dem Krieg ist vernichtet, aufgebraucht und verlor durch den Krieg sowie durch die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens. Trotzdem zehrt alles am Reich und vom Reich, anstatt es zu stärken und wieder aufzurichten. Auf solchen Wegen ist eine Genesung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich.

Sie steht in Wechselwirkung mit der Genesung der

zerstörten Reichsfinanzen.
Die unausgesetzte Steigerung unserer schwebenden Schulden: den Wert unseres Geldes, verringert unseren Kredit, treibt aber die Preise in schwindelnde Höhe. Die Masse des Papiergeldes ist kein Zeichen des Wohlstandes, sondern der Gradmesser wachsender Verarmung. Und je mehr der Geldwert zusammenbricht, desto härter werden die Kämpfe um Lohn und Gehalt, die trotz allem mit der Preisentwertung selten gleichen Schritt halten. Eine Schraube ohne Ende! Auf dem Wege mühte schließlich aller Handel und Verkehr, alles Gewerbe und jede Arbeit fruchtlos. Das Endergebnis wäre der völlige Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft. Gott behüte uns davor, daß unser Volk die Not der Zeit erst auf dem Wege solcher furchtbaren Erfahrung begreifen lernt!

Darum muß die Sanierung der Reichsfinanzen mit allen Mitteln gefördert und zu Ende geführt werden. Dazu bedarf es eines großen Maßes von Pflichtbewußtsein im gesamten Volk. Auch in der übrigen Welt werden Steuern und Abgaben gefördert in einer Höhe, wie man sie vor dem Krieg nicht träumen ließ. Das Gros des Steuerbedarfs ist in der großen Steuerreform der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung dem Reich bewilligt worden. Vor einem Jahre hätte das Reich erst 1/2 Milliarden laufende Einnahmen. Wenn die neu eingeführten Einnahmevermehrungen sich entsprechend der Staatsschuldung für 1920 entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einfließen; darunter allerdings 3 Milliarden einmaliger Steuern. Es bleibt dann noch ein Posten von rund 3 Milliarden an neuen Steuern zu bewilligen.

Dazu sind dann weitere Milliardenbeträge auf Schulden zu nehmen infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaus und der Forderungen der Verkehrsverwaltungen. Die sind also noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit auf diesem Gebiete, und erst recht noch nicht zu Ende mit den sonstigen Aufgaben einer Finanzreform. Denn kaum ist auf dem Gebiete des Steuerwesens eine wesentliche Besserung erzielt, so tut sich ein neuer Abgrund auf bei den Betriebsverwaltungen des Reichs. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn gar mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Hilfe geschaffen werden! Eine der allerwichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags!

Die Gefahr, die durch das beständige Anwachsen unserer Schuld broht, wird durch die vielfachen Verläufe erhöht, die Steuern zu hinterziehen und zu sabotieren.

Steuerabsicht in diesem kritischen Augenblick ist ein gewaltiges Verbrechen am Volk,

das an Fluchwürdigkeit nicht zurücksteht hinter dem Verbrechen des Landesverrats. Der Reichstag muß mit aller Energie darauf hinwirken, daß die Steuern auch einfließen. Keiner von uns darf vorgehen, daß selbst schwere Steuern immer noch viel leichter zu ertragen sind, als der Bankrott der Finanzen und in seinem Gefolge der Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft.

Wie nun die Volkswirtschaft abhängt von der Befundung unserer Reichsfinanzen, so wird umgekehrt der Sanierungsprozeß der Reichsfinanzen gefördert durch die Wiederherstellung unserer Gütererzeugung.

Ein früherer deutscher Reichskanzler hat einmal gesagt, wir müßten

Waren exportieren oder Menschen.

Menschen können und wollen wir nicht exportieren, denn noch den ungeheuren Menschenverlusten, die uns der Krieg zugefügt hat, könnte das deutsche Volk weitere große Bevölkerungsverluste einfach nicht tragen. Unsere einzige Rettung liegt also — das ist die übereinstimmende Ueberzeugung unserer Wirtschaftskenner in Theorie und Praxis — in der Steigerung unserer Gütererzeugung, die ständig wachsen und die unablässig und mit allen Kräften gefördert werden muß. Alle Kreise der Bevölkerung, jede Gemeinschaft und jeder einzelne muß seine Kräfte an dieses Ziel setzen, um so das unumkehrliche Wort von den 20 Millionen, die wir zubielen haben sollen, zushanden zu machen.

Unsere Ernährungslage

ist, obgleich noch immer wenig befriedigend, zurzeit günstiger, als vor mehreren Monaten erwartet wurde. Die ausländischen Getreidezufuhren ermöglichen es, bis zum Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres die Brotversorgung zu sichern, wenn auch vorübergehende drückende Störungen bei den geringen Beständen der Reichsgetreidevorräte nicht immer zu vermeiden sind. Die Kartoffelversorgung ist infolge der ausländischen Zufuhren und der vermehrten Ausrüstung inländischer Vorräte gegenüber der Menge nach im Durchschnitt befriedigend. Die öffentliche Fleischversorgung wurde in den letzten Monaten in immer größerem Umfang auf die Lieferungen des Auslandes begründet werden; von der kürzlich vorgenommenen erheblichen Preiserhöhung wird jedoch eine Besserung der inländischen Schlachtwiehlieferung erwartet. Die Milchversorgung ist gesichert infolge der günstigeren Jahreszeit.

Die mit immer größerem Nachdruck erdohene Forderung nach restloser Befreiung der Zwangswirtschaft kann bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen für die wichtigsten Nahrungsmittel noch nicht erfüllt werden. Unsere Ernährungspolitik muß von dem Grundsatze geleitet sein, daß in Zeiten der Knappheit der Staat einem jeden die Befriedigung seines dringenden Bedarfs zu erschwierigen Preisen sichern muß. Es kann nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Auf den gutbetrieblchen Gebieten jedoch, auf denen eine öffentliche Bewirtschaftung keine unbedingte Notwendigkeit mehr ist, und der freie Handel eine bessere und billigere Versorgung herbeiführen kann, wird der bereits in Angriff genommene Abbau der Kriegsgesell-

schaften mit Beschleunigung durchgeführt werden. Besonders soll dem Handel Gelegenheit gegeben werden, seine Hochkonjunktur und Auslandsbeziehungen in erhöhtem Maße in den Dienst der Lebensmittelfuhr zu stellen. Aber immer bleibt das Rückgrat unserer Ernährung

unsere heimische Landwirtschaft.

Aus der Heimat Erde müssen wir gefunden. Aus unserem Grund und Boden müssen wir mit intensiver Bebauung herausholen, was nur herauszuholen ist. Das letzte Pflücken Land muß möglichst rationell genutzt werden. Der deutschen Landwirtschaft die nötigen Mittel dazu, und zwar möglichst preiswürdig zu beschaffen, ist eine der ersten Probleme des Wiederaufbaus und unabweisliche Sorge der Regierung. Damit kommen wir zu den Grund- und Rohstoffen unserer Wirtschaft. Wie für die Landwirtschaft, so sind auch für die weiterarbeitende Industrie die Ertragnisse unserer Bergbau die Grundbedingung ihrer Existenz und ihres Aufstiegs. Aus dem Schoße unserer Erde

Kohle und Kali

in größten Mengen herauszuholen, muß darum die unausgesetzte Bemühung der Regierung bilden. Sie wird alle technischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, die zu diesem Ziele führen. Hier bei der gewerblichen Urproduktion liegt voran der Schicksal unserer Industrie, das Schicksal der Arbeit, die Möglichkeit unserer Ernährung. Darum ist die Frage der gewerblichen Urproduktion auch im weitesten Maße Angelegenheit der Volksgemeinschaft.

Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen

Gesetze über Sozialisierung,

insbesondere das über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft werden lokal durchgeführt werden.

Auch bei schärfer Anspannung unserer Inlandserzeugung bleibt der Bedarf an Auslandsgütern groß, also ein reger Außenhandel unentbehrlich. Unser Volk benötigt die Einfuhr zur Hebung seiner Körperkräfte. Unsere Landwirtschaft und Industrie bedürfen der ausländischen Rohprodukte, die wiederum nur durch Ausfuhr fertiger Fabrikate zu bezahllen sind. Eine selbst genügende Volkswirtschaft und ihre Isolierung gegenüber der Weltwirtschaft ist heute noch weniger möglich als früher. Noch weniger wie früher kann heute Ein- und Ausfuhr dem wilden Spiel der freien Kräfte überlassen bleiben. Ein- und Ausfuhr müssen mindestens einander die Waage halten. Jedenfalls muß das unter nächstes, unerrückbares Ziel sein. Unter keinen Umständen dürfen im Außenhandel unsere Rohprodukte und unsere Arbeitskräfte verschleudert werden. Um das zu verhindern, bedarf es einer strengen Außenhandelspolitik. Hier liegen auch die wirksamsten Hebel für eine gesunde Außenpolitik. Eine, wenn auch langsame, so doch stetige Steigerung unserer Valuta muß unser Streben bleiben. Wir sind noch weit genug entfernt von dem Punkte, wo wir mit dem Stande unserer Valuta im Auslande einigermaßen zufrieden sein könnten. Selbstauf und diese stetige Steigerung der Valuta, so wird trotz aller vorübergehenden Arbeitsstörungen dadurch auch unser Arbeitsproblem gelöst, denn die Steigerung unseres Marktwertes erleichtert uns die Einfuhr von Rohmaterialien. Soweit vorübergehende Arbeitsstörungen eintreten, läßt sich diesen durch Ausbau der sogenannten

produktiven Erwerbslosenfürsorge

dringendes Gebot der sozialen Fürsorge, wie der Wirtschaftsförderung.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Fragen stehen die der Förderung des ländlichen Siedlungswesens und der

Durchführung des Heimstättengesetzes,

Aufgaben, deren Förderung bereits von der alten Regierung mit Nachdruck betrieben wurde. Wenn die Bemühungen auf diesem Gebiete bisher zu keinem voll befriedigenden Ergebnis geführt haben, so liegt dies größtenteils an den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß die vielfach einander entgegenstehenden Interessen des Reichs und der Länder, wie die der verschiedenen beteiligten Reichsressorts, nicht immer voll ausgeglichen werden konnten. Es wird die große Aufgabe auf diesem Gebiete führender Persönlichkeit sein, den Weg zu finden, der unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Faktoren zu dem erzielten Ziele führt, das eine Lebensnotwendigkeit für die Wohlfahrt des deutschen Volkes bildet.

Die Gesundung des deutschen Volkskörpers ist unumgänglich, wenn nicht die

Verteilung des ländlichen Grundbesitzes

den Notwendigkeiten der Produktion und den Erfordernissen einer Regelung der sozialen Ordnung entspricht, und wenn nicht der Wohnungsnot in den Städten durch Belebung der Bau-tätigkeit, wie durch Verhinderung des Boden- und Mietwuchers gesteuert wird.

Das große Reichsbeschäftigungsgesetz zugunsten unserer Kriegsschädigten und ihrer Angehörigen hat die Rationalisierung bereits verabschiedet. In Anlehnung an dieses Reichsbeschäftigungsgesetz soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten haben.

Zum Schutze von

Leben und Gesundheit der Arbeiter

bestehen sich verschiedene kleinere Gesetze in Vorbereitung.

Die Verbesserung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts war bereits Gegenstand hervorragender Sorge der früheren Regierung. Sie wird es nicht minder für die neue Regierung sein. Jedoch ist das Werk beinahe umfangreich, daß ein Abschluß in kurzer Zeit nicht erwartet werden kann. Gleichwohl soll die Reform im einzelnen tatkräftig durchgeführt werden. So soll nach bereits erfolgter Beseitigung der alten Gesetzeordnung das Rechtsverhältnis der Hausgehilfen neu geregelt werden. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung.

Nachdem das Betriebsrätegesetz von der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung bereits beschlossen ist, werden Regierung und Reichstag nunmehr der Schaffung der

Regierungsarbeiterräte und eines Reichsarbeiterrates

unverzüglich näbertreten. Wir hoffen unverzüglich, mit dem Ausbau dieser gesetzlichen Vertretungen der Arbeiter eine neue wichtige Etappe zurückzulegen auf dem Wege zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Diesen zu fördern und zu sichern, werden Regierung und Reichstag Hand in Hand arbeiten müssen. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren. Gleichberechtigt sollen und werden die Arbeiter allen anderen Ständen an die Seite treten. Denn nur durch einträchtiges Zusammenwirken aller Erwerbsklassen und Berufsstände kann der Wiederaufbau Deutschlands ermöglicht werden. Die Regierung hofft unverzüglich, daß sich kein Stand dieser gemeinsamen Pflicht entziehen wird.

Bekanntlich werden Gesetze zur Entschädigung der aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten, der Auslands- und Kolonialdeutschen, wie endlich der Reeder, die ihre Schiffe für die Besatzung opfern mußten, seit längerer Zeit vorbereitet, sie werden demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Die Reichsregierung gedenkt endlich fortzuführen in der

Bekämpfung des Wucher- und Schieberturns,

das trotz aller bisherigen Maßnahmen sich breit macht. Im Kampf gegen dieses Schmarotcherturn bedarf die Regierung der tätigen Mitwirkung dieses hohen Hauses, wie der gesamten Bevölkerung. Aus dem Gelegten werden Sie ersehen können, mit welchen Zielen die Reichsregierung an Ihre Arbeit geht. Werzätige Arbeit zu leisten ist das Gebot der Stunde! Mit

weitaussehendem, auf Theorien aufgebautem Programm, für deren Verwirklichung in der gegenwärtigen Zeit die Voraussetzungen fehlen, in unserem Volke nicht existieren. Goldene Berge kann die Regierung dem deutschen Volke nicht versprechen, ein büdenloses und sorgenfreies Dasein ihm nicht beschreiben. Uns hat das Bewußtsein der Pflicht

gegenüber Volk und Vaterland an diese Stelle geführt. An das deutsche Volk und seine Vertretung appellieren wir, daß sie sich bei ihren politischen Entscheidungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen. In einer Stunde der Not und folgenschwerer Entscheidung werden wir vor dem Deutschen Reichstag und erwarten von ihm die Anerkennung unserer ehrlichen Absichten und bitten um sein Vertrauen. Nur das Vertrauen in unsere ehrlichen Absichten kann unsere Arbeit erträglich und erfruchtlich machen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein kurzes Schlusswort.

Ich schließe dabei an den letzten Gedanken des Regierungsprogramms an. Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen. Wir haben die Sozialdemokratie wiederholt und dringlichst um Mitarbeit in der Regierung ersucht. Ich habe mich, den ablehnenden Bescheid einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, aber das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu können: der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der betreffenden Partei eine Verpflichtung gegenüber der Regierung, die wie bisher nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten muß (Große Unruhe bei den U. Soz.), mit den Vertäglichen im weitesten Sinne des Wortes, den Körperlich und geistig Ringenden, den Arbeitern in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Fabrik, im Bergbau, den Arbeitenden auch aus den großen geistigen und künstlerischen Gebieten. (Sehr lebhafter Beifall.) Wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufbaus an die gesamte deutsche Nation. (Zustuf bei den U. Soz.: Das ist eine große Illusion!) Zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederherstellung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes. (Zustuf links: Bourgeoisie!) Wägen als die starke Faust erscheint uns jene ehrlich dargebotene Rechte, in die alle Wohlmeinenden einschlagen müssen. Es ist die Hand, welche jene schweren unbedruckten Arbeiten vollbringt und sich in einem langen Lebenswerk nur mit der Friedenspalme schmücken will. Sie bildet keine Gefahr für irgend ein Volk der Welt, aber die Hoffnung für alle mit uns seit langen Jahrhunderten, zum Teil seit einem Jahrtausend durch Gemeinsamkeit der Stammesart, der Sprache, der Sitten, der Lebensanschauung verbundenen, die ein Anrecht darauf haben, daß das schöne Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch einmal Wahrheit wird. (Beifall.)

Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an die Stelle geführt, auf der wir stehen.

Wenn irgendwo der bedeutende Mann mit gewichtigem Atem und anerkanntem Ansehen aus bewährter Vergangenheit gefunden werden sollte, ich preise die Stunde glücklich, wo ich das mit anvertraute Amt in seine Hände übergeben kann. (Aha. Große U. Soz.: Ludendorff! — Gegenruf rechts: Senke! Weiter!) Ich habe hier nur als ein Opfer meiner Auffassung von vaterländischer Pflicht, (Sehr lebhafter Beifall) und mit mir meine Herren Kollegen im Kabinett. An das deutsche Volk und seine Vertretung appellieren wir, daß sie sich bei ihren politischen Entscheidungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen.

In einer Stunde der Not und der folgenschweren Entscheidungen treten wir an den Deutschen Reichstag heran. Trennendes wollen wir zunächst stellen und uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf das Deutschland feht. (Sehr anhaltender Beifall.)

Die Aussprache über die Regierungserklärung soll nach der Mittagspause stattfinden.

Auf die Interpellation Anzorge (U. S.) und Gen. betreffend die Arbeitslosigkeit und über den Wohnungsmangel wird die Regierung später antworten.

Es folgt die Interpellation Ledebour (U. Soz.) betreffend:

die Vorgänge in Thal

bei Ruffa in Thüringen am 24. März 1920.
Reichswehrminister Geiser: In dem Bedauern über die traurigen Vorgänge, bei denen Deutsche von Deutschen getötet wurden, weis ich mich eins mit der gesamten Reichswehr, welche die Vorgänge beklagt, die neues Material zu Angriffen gegen sie schaffen. Ueber die Vorgänge wird heute sachlich zu äußern, muß ich mir versagen, da gegen das Urteil Verurteilung eingeleitet und dasselbe noch nicht rechtskräftig ist. Die Frage der Entschädigung der Hinterbliebenen der Getöteten kann erst nach der Rechtskraft des Urteils erledigt werden. Die Zeitfreiwilligen selbst fanden unter Militärgerichtsbarkeit und waren als aktive Soldaten anzusehen. (Lärm bei den U. Soz.) Das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt vor. Die Gründe, weshalb es bisher nicht verabschiedet werden konnte, sind dem Hause bekannt.

Die Besprechung der Interpellation wird an einem der nächsten Tage stattfinden, da man zunächst die Erörterung über die Regierungserklärung erledigen will.

Das Gesetz, betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 geht an den Haushaltsausschuß.

Der Entwurf über Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags wird in sämtlichen drei Lesungen angenommen.

Darauf tritt das Haus in eine Mittagspause ein.
Nächste Sitzung: 8 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung.
Schluß 12,30 Uhr.

Schwere polnische Uebergriffe.

Kattowitz, 27. Juni. In Kleinisdorf bei Kosel (Oberschlesien) überfiel gestern abend, wie die „Oberschlesische Morgenzeitung“ meldet, eine bewaffnete polnische Bande von 20 Mann die dortige Gründungsversammlung des Ortsvereins „Ordnungstreue Oberschlesier“. Ein Einwohner, der jedoch zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden war, wurde durch einen Dankschuß getötet. Ein anderer Einwohner, der zum Beisitzer gewählt worden war, wurde so schwer verletzt, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Drei weitere Personen wurden ebenfalls schwer verletzt. Aus verschiedenen Anzeichen geht klar hervor, daß der Überfall regelrecht organisiert worden war.

Hilfsaktion für das Vogtland. Der gemeinshafte Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt hat nach am Ende seiner Ministerialtätigkeit eine große Hilfsaktion für das Vogtland eingeleitet. Erhebliche Mengen von Kleidungsstücken sind beschafft.

Die französische Kammer hat die Kredite für den Völkerring in Höhe von 700 Millionen Franken angenommen. Mitterand bemerkte, daß die Regierung ihr Bestes tue, damit der Völkerring so rasch wie möglich in Wirksamkeit treten könne.

Die Lage in Berlin. Nach Telegrammen aus Tilsit wurde der Minister des Äußern Rhan Kholdt in der Nacht vom 21. Juni in Arbeitsurlaub erzwungen. Die bolschewistische Propaganda in Tilsit breitet sich immer mehr aus.

Ein Befehl an Deutschland. Der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ überliefert eine folgende Erklärung: Die politischen Vereinbarungen in San Remo über Galizien haben an der Stellung der überwiegenen Mehrheit der deutschen Juden im und zum deutschen Vaterlande nichts geändert. Sie fühlten sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes. Diese Tatsache hindert und nicht, aus Menschenrecht an allen Bestrebungen mitzuarbeiten, die darauf abzielen, normale, menschliche Daseinsbedingungen allerorten und insbesondere in Galizien für alle diejenigen Glaubensgenossen zu schaffen, die in ihren gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben können.

Groß-Berlin

Eine Stätte des Kinderelends.

Die „Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege“ beschloß am Sonnabend das Kindererziehungsheim in Buch, das von der Stadt Berlin im vorigen Jahr eingerichtet wurde. Ein Vortrag des Oberarztes Dr. Rosenstern und die darauf folgende Besichtigung des Heims unter seiner Führung gaben einen erschütternden Einblick in das Kinderelend, das da draußen zusammengeschuft ist.

Das Kindererziehungsheim ist untergebracht in der nördlich vom Dorf Buch erbauten, bei Kriegsausbruch fertig gewordenen Kaserne, die als vierte Internatskaserne Berlins geplant war und in den Kriegsjahren als Lazarett diente. Die günstige Lage ermöglicht Luft und Licht als Hilfsmittel der Heilbehandlung zu benutzen, so daß von vornherein eine wichtige Bedeutung des Erfolges gegeben ist. Aufgenommen werden aus Säuglingsfürsorgestellen, Krankenhäusern, Waisenhäusern und auch aus Familien krankliche Kinder des 2. bis 14. Lebensjahres, besonders Kinder mit Krankheiten, die durch die Räte der Kriegszeit verschlimmert worden sind. Dazu gehören die Rachitis, die unter dem Einfluß der Ernährungsunverträglichkeit sehr zugenommen hat, ferner Knochen- und Gelenktuberkulose und innere Tuberkulose, deren Entwicklung gleichfalls durch den Nahrungsmittelmangel begünstigt wurde, und schließlich die Gonorrhoe, die in der Kriegszeit und auch nach ihr sich infolge des Seifenmangels und anderer die Keimlichkeit beeinträchtigenden Umstände ganz außerordentlich auch unter Kindern verbreitet hat.

Als aufgenommenen Kinder haben das eine gemeinsam, daß sie im Ernährungszustand sehr weit zurückgeblieben sind. Bei der Aufnahme war das durchschnittliche Körpergewicht der über ein- bis zweijährigen Kinder 7 Kilogramm statt normal 11,2, der zwei- bis dreijährigen 8,1 Kilogramm statt normal 13,5, der drei- bis vierjährigen 10,6 Kilogramm statt normal 15,3, der vier- bis fünfjährigen 12,5 Kilogramm statt normal 16,8, der fünf- bis sechsjährigen 13,8 Kilogramm statt normal 18,7, und so fort. Dieser Unterschied geht durch alle Altersklassen; bei der Aufnahme war das durchschnittliche Körpergewicht z. B. der neun- bis zehn-jährigen Kinder 20,9 Kilogramm statt normal 27,4, der dreizehn- bis vierzehnjährigen 33 Kilogramm statt normal 35,4. Infolgedessen gleichen im Körpergewicht die über ein- bis zweijährigen Kinder den fünfmonatigen, die zwei- bis dreijährigen den siebenmonatigen, die drei- bis vierjährigen den einundzwanzigmonatigen, die vier- bis fünfjährigen den zweijährigen, die fünf- bis sechsjährigen den zwei- und einhalbjährigen, und so fort. Auch im Längenwachstum waren die Kinder beträchtlich hinter normalen zurückgeblieben. Die Entwicklungsmängel erklären sich nicht aus dem Krieg allein, aber sie sind durch ihn gesteigert worden.

Zur Pflege der Kinder verfügt das Heim über alle Hilfsmittel der Heilkunde. Die wichtigsten aber sind kräftige Ernährung und rändiger Aufenthalt in reiner Luft und in Sonne. Auch bettlägerige Kinder werden in ihren Betten zu den Liegehallen hinausgebracht. Die bisherigen Erfolge des Heims, das jetzt seit genau einem Jahr besteht, sind sehr befriedigend. Man vermag sie nicht durch noch Zahlen erschöpfend zu bezeichnen, aber einen gewissen Maßstab kann die Gewichtszunahme doch abgeben. Diese betrug pro Monat bei den über ein- bis zweijährigen Kindern 570 Gramm statt normal 210, bei den zwei- bis dreijährigen 730 Gramm statt normal 180, bei den drei- bis vierjährigen 780 Gramm statt normal 190, bei den vier- bis fünfjährigen 840 Gramm statt normal 190, bei den fünf- bis sechsjährigen 770 Gramm statt normal 110 und so fort. Natürlich erklärt die außerordentliche Höhe der Zunahmehöhe mit aus dem außerordentlichen Mangelzustand des Körpergewichtes bei der Aufnahme. Infolge sorgfältiger Quarantäne- und Isolierungsmaßnahmen ist es gelungen, trotz Anbahnung so vieler Kinder, die anstehenden Kinderkrankheiten dem Heim fast ganz ferngehalten.

Eine Stätte des Kinderelends ist diese Anstalt. Sie ist aber auch eine Stätte der Rettung aus dem Kinderelend. Die Stadt Berlin hat mit dem Kindererziehungsheim ihren Einrichtungen zur Kinderfürsorge ein wichtiges und wertvolles Glied eingefügt.

Frauentemonstration gegen den Lebensmittelwucher.

Zu der ersten Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher, die erfreulicherweise im Gegenjah zu anderen Städten völlig ruhig verlief, kam es heute mittag im Hofe des Rathauses. Im Zentrum der Stadt hatten sich einige hundert Frauen versammelt, die gegen die Lebensmittelverknappung protestierten und beim Magistrat vorstellig werden wollten. In der Nähe des Alexanderplatzes formierte sich der Zug, in dem man lediglich Frauen und Kinder sah. Auf einigen schnell zurechtgemachten Tafeln las man Inschriften, wie: „Nieder mit dem Lebensmittelwucher“ und „Gib uns billiges Brot“. Durch die Kaiserstraße zogen die Frauen zum Rathaus und nahmen dort im Hofe Aufstellung. Da die Frauen, die sich übrigens durchaus ruhig benahmen, jedoch verlangten, einen der Deputierten des Lebensmittelamtes zu sprechen, erklärten, nicht eher gehen zu wollen, bis man sie gehört habe, wurde eine Deputation, die aus drei Frauen und einem Mann bestand, von einem Beamten der Lebensmittelabteilung empfangen. Um irgendwelche Zwischenfälle zu verhüten, hatte man einige Sicherheitspolizisten herbeigerufen, die für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgten.

Die neue Sozialdemokratische Fraktion

des neuen Stadtkreises Berlin wird sich aus nachstehend benannten Genossen und Genossinnen zusammensammeln:

- U. Hermann - Steglitz, Blum - Charlottenburg, Dr. Vorchardt - Charlottenburg, Brolat - Berlin, Bräuner - Berlin, Bruns - Berlin, Conrad - Neukölln, Czerninski - Schöneberg, Dittmer - Berlin, Ewald - Tempelhof, Frank - Berlin, Galters - Zehlendorf, Hartung - Spandau, Herrmann - Berlin, Hah - Trenzow, Heimann - Berlin, Heitmann - Neukölln, Hirsch - Charlottenburg, Dr. Holz - Wilmersdorf, Hoppe - Berlin, John - Lichtenberg, Keller - Pantow, Koblentz - Berlin, Kuhn - Berlin, Mäntner - Berlin, Pannusch - Berlin, Pöggis - Berlin, Riedner - Berlin, Ritter - Berlin, Scharf - Reinickendorf, Schmitz - Berlin, Schröder - Berlin, Schulz - Berlin, Schwarzburger - Oberschöneweide, Süß - Berlin, Szilka - Steglitz, Wermuth - Neukölln, Woid - Köpenick, Dr. Wjgodzinski - Berlin.

Zwei schwere Verbrechen werden von auswärtigen Behörden der Berliner Kriminalpolizei gemeldet, weil man nach gewissen Anzeichen mit der Möglichkeit rechnet, daß sich die Täter nach Berlin gewandt haben, um in der Großstadt unterzutauchen. In Würzburg wurde am Sonnabend abend eine 17 Jahre alte

Ruffin in ihrer Wohnung ermordet und beraubt. Der Mörder, der goldene Armbänder, Goldketten, Ringe usw. erbeutete, ist ein früherer russischer Kriegsgefangener, der sich Georg Solow aus Moskau nannte. — In Stuttgart wurde einem Voten, der 195 000 M. in einer großen schwarzen Lederkoffer zur Reichsbank bringen sollte, von vier Männern, die ihm auf Zweirädern folgten, die Koffer mit dem Inhalt geraubt. Die Räuber entflohen auf ihren Rädern in der Richtung nach dem Bahnhof Neuenburg, zwei fuhren von dort weiter nach dem Dorfe zu, während die beiden anderen einen Eisenbahnzug bestiegen. Auf dem Wege nach dem Bahnhof liegen die geraubte Koffer leer und einen weißen Strohhut auf dem Felde liegen. Auf die Ergreifung der Missethäter, die allem Anschein nach reitende Berliner Verbrecher sind, ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Ein dunkler Sonntag für Potsdam. Unangenehme Ueberforderungen erlebten gestern die nach Tausenden zählenden Zuschauer, die sich Potsdam als Ziel gewählt hatten. Die Straßenbahn streifte, gegen Abend verlagte Gas und elektrisches Licht. Die großen Restaurants, die Straßen Potsdams lagen im Dunkeln. Nur der Mond gab so viel Helligkeit, daß man sich auf der Straße nicht umrannte. Die letzte Vorstellung im Potsdamer Schauspielhaus wurde mit Rollenlichtern ausklingend gebracht. Heute streifen sämtliche Magistratsbeamten. Die Telefonanschlüsse zum Magistrat sind gesperrt. Die Arbeiter des Elektrizitätswerks weisen nur die Krankenhäuser mit Strom. Wie man vermutet, dürften im Laufe des heutigen Tages auch die Geschäfte und anderen Betriebe vom Streik erfaßt werden.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Bezirksgruppe SW. Mitgliederversammlung am 25. Juni, 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Vierglöck“, Weiß-Bülow-Str. 108, Nähe Kläberplatz.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Nähtung, Genossinnen Niederbarnims! Wichtige Konferenz der Funktionärinnen Niederbarnims, 3 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof links, 3 Treppen. Tagesordnung: „Das Ergebnis der Wahlen und unsere weitere Arbeit“. Referentin: Marie Juchacz, W. d. R.

Morgen, 29. Juni:

- 2. Abt. Handzettelverbreitung. Die Handzettel sind abzuholen bei Luch, Lindenstr. 2.
- 5.—8. Abt. 6 Uhr Handzettelverbreitung von den Abteilungsstellen aus.
- 8. Abt. 8 Uhr bei Reim, Urbanstr. 29, gemeinsame Besprechung der Ortskomitees der 83., 93., 144., 163., 176., 184., 192. Gemeindefolge und der 11. Reichskolonie.
- 17. Abt. 7 Uhr Elternversammlung für die 220. Gemeindefolge in der Schulaula, Vogelstr. 8.
- Wartenberg. Plauenabend, 7 1/2 Uhr bei Hoch, Chausseestr. 44. Referentin: Genossin Alie.
- Steglitz. 7 Uhr im Lokal Clement, Doppelstr. 7, Sitzung der Ortskomitees.

Sport.

Das Derby sah Herold, einen der Vertreter des staatlichen Rennstalles Grady, als leichten Sieger, denn er schlug den ihm hohen Favoriten Rubier mit 1 1/2 Längen. Grady gewann auch im Vorjahre das Derby, damals mit Sibirator. Das genaue Resultat ist: Deutsches Derby. 200 000 M., 2400 Meter. 1. Herold (Kastnerberger), 2. Rubier (Janek), 3. Vergleich (Kaiser). Tot.: Steg 51:10, W. 16, 11, 29. Ferner liefen: Glimmer (4), Gallenberg (5), Liebhäber (6), Friedensfürst, Pandur, Bogarwo. Die Eventualquoten im Derby waren: Rubier 18, Gallenberg 91, Glimmer 149, Liebhäber 250, Bogarwo 558, Pandur 568. Der Totalisatorumsatz im Derby betrug 1 862 000 M.

Die Rekruten auf der Olympiabahn zum 25jährigen Jubiläum von Wikt. Krenn gestellten sich an einem heißen Erfolg. Der Besuch war äußerst zahlreich und der gebotene Sport vorzüglich. Der alte Weltmeister zeigte sich in noch jugendlicher Frische, indem er beide Hauptstrecken sicher gewann. Neben den hohen Geldpreisen wurde ihm als Ehrengabe eine wertvolle Wanduhr mit schwebelgoldenen Zeigern überreicht. Auch die Dauerfahrer lieferten sich einen heißen Kampf, so daß mehrere Wählerorde überboten wurden.

Ergebnisse: Jubiläumsspreis, Hauptfahren für Flieger über 1200 Meter. 1. Krenn 1 Minute 29 Sekunden, 2. Sennede, 3. Wittinger, 4. Schwab. — Zweifacher Hauptfahren, 8 Runden. 1. Krenn - Sennede 1 Min. 54 Sek., 2. Mäzner - Schröder, 3. Schwab-Ladewald, 4. Patschusch-Abraham, 5. Rubel-Rudela. — Frey-Rhfer-Erinnerungsspreis, 40 Kilometer. 1. Weis 32 Min. 27,8 Sek. (alter Rekord 32 Min. 38,4 Sek.), 2. Thomas 1940, 3. Tschmer 2290, 4. Ueberger 5080, 5. Bauer 5150 Meter zurück. — Ruch-Preis, Vorgabefahren über 1600 Meter. 1. Schwab 2 Min. (10), 2. Otto Frey (55), 3. Mäzner (30), 4. Schulz (65), 5. Stoiz (60), 6. Schröder (35 Meter Vorgabe). — Mannschafts-Ring-Rad-Verfolgungswettbewerb. Die folgende Mannschaft Ruch-Rudela-Fürst überholte die Mannschaft Rubel-Abraham-Stolz in 10 Minuten. Die zurückgelegte Strecke beträgt 7,300 Kilometer. — Großer Sommerpreis, 60 Kilometer. 1. Thomas 43 Min. 54,1 Sek. (alter Rekord 49 Min. 45,2 Sek.), 2. Bauer 2970, 3. Tschmer 3310, 4. Ueberger 6400 u. Weis (Motordefekt) 1180 Meter zurück.

Theater.

Balkons-Theater (Sondervorstellung): „Die Internationale“ von Emil Cailup. Zu dem Pathos, das die Internationale feiert, gefüllt sich in dem Stücke die Satire auf ein wankelmütiges Nationalheldentum, dem die Idee nur eine kindische Schelle und Phrase war, die man, sobald die Mode umschlägt, gegen eine nationale Kolonne umstößt. Der junge Drossel, der eben noch in der Reserve räumlich in hochtönen Versicherungen erklärte, die Sozialdemokratie werde es nie mehr zu einem Völkerring kommen lassen, und ein paar Tage später bereits am Jablonow selbst eifrig in die Kriegstrompete stößt, soll ein Typus dieses Menschensohnes sein und hat gewiß auch manche gut gesehene Lüge. Er ist in beiden Rollen Schwabronneur, Feindlich und wenig loyal darüber es, daß der Verfasser durch die Figur des Phrasendreschers zugleich die Dofnung, die die Fraktion bei der Bewilligung der Kriegskredite einnahm, nach unabhängigem Rezept zu kompromittieren sucht. Von den zwingenden Räten, die jene Stellungnahme vorschrieben, ist nirgendwo die Rede. Die erzeugten Diskussionen dieses Kupferhirs endigen mit dem Wettsieg „Deutschland, Deutschland über alles“ und der „Arbeitermarfelloise“. Chorführer des Arbeiterliedes ist der Held des Stückes, der seinem Glauben nicht nur an die Zukunft der Internationale, was ja durchaus verständlich, sondern auch an die Möglichkeit, den ausgebrochenen Krieg durch den Generalstreich aller Länder zu beendigen, bis zum Schlusse treu Meibt. Im Fide tritt er für einen gefangenen französischen Genossen mutig ein; eine feindliche Kugel trifft ihn nieder; dem Sterbenden erhebt der Gedanke siegreicher Revolution, und aus dem Hintergrunde erklingt das Lied der Internationale. Von dem kritischen Sinn, mit dem manche Widerspenstiger und die Waise selbst im Stück gezeichnet ist, läßt sich im Bild des Helden nicht verspüren. Der Autor scheint jenen Wunden gelitten, den er ihm in den Mund legt, selbst zu teilen. Die Szenenführung befandete, wo die Metrolit nicht zu breit wucherte, Augenmaß für Bühnenwirkung. Eine naturhaftig gut getroffene Schizze war der treuherzig dreinschauende und dabei gründlich gemeinte Wandwächmann. Das Publikum demonstrierte mit starkem Beifall.

Wirtschaft

Zwangswirtschaft und Lebensmittelrevolten.

Die fürchterliche Verwirrung auf wirtschaftlichem Gebiet, die gegenwärtig herrscht, wird durch die Gegenüberstellung der Lebensmittelkrawalle und Demonstrationen gegen die Wucher- oder Monopolpreise auf der einen Seite und die Demonstrationen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf der anderen Seite grell beleuchtet. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft z. B. bei Obst, Gemüse, Eiern, Fischen, Schuhen usw. hat nicht zu einer Senkung der Preise, sondern zu erheblichen Steigerungen geführt, infolgedessen wird auch die Beseitigung des noch bestehenden Restes der Zwangswirtschaft eine weitere erhebliche Verteuerung der Lebensunterhaltsmittel sicher zur Folge haben und zur Ausdehnung der bereits jetzt gefährlichen Demonstrationen der minderbemittelten Massen führen.

Die Konsumvereine haben sich für die schnellste Beseitigung der Zwangswirtschaft ausgesprochen und auch in wirtschaftlichen Fragen sachverständige Sozialisten werden lieber heute als morgen die gesamte Zwangswirtschaft, so wie sie heute in ihrer bürokratischen Schwermüdigkeit und Unwirtschaftlichkeit besteht, über Bord werfen. Auf der anderen Seite ist aber auch die freie Wirtschaft unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen unhaltbar und im höchsten Maße unwirtschaftlich, weil die Verkaufspreise nicht mehr Kostenpreise, sondern Monopolpreise werden infolge des ungenügenden Warenangebots und des gewaltig hohen Preisstandes der Einfuhrwaren, an den die Inlandpreise voll und ganz herangehen. Das bedeutet aber ungerechtfertigt hohe Verdienste für die heimischen Produzenten und Händler. Unsere Vertreter sind aus der Regierung auszutreten, auch wirtschaftlich betrachtet, durchaus mit Recht. Die bürgerlichen Kreise, die nicht erkennen wollen, daß es heute mit der freien Wirtschaft nicht mehr geht, müssen erst durch eigene Erfahrung eines Besseren belehrt werden. Was auf dem Spiel steht, darüber werden sie sich ja hoffentlich nicht im unklaren sein, daß ein Mißerfolg den völligen Zusammenbruch auch der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bedeuten wird. Unserer Ueberzeugung gemäß kann eine Verbilligung der Produktion und der Verteilung an die letzten Verbraucher nur durch eine organisatorische Ausgestaltung der einzelnen Wirtschaftszweige erreicht werden, die frei von bürokratischen Fesseln gemeinnütziger oder staatlicher Verwaltungen innerhalb zentral geleiteter Organisationen den Wettbewerb der Tüchtigen aufrecht erhält. Wir verweisen auf unsere Aufsätze „Konzessionierter Handel“, die gezeigt haben, daß durch Zusammenschluß von Großhandel und Kleinhandel unter Ausschluß entbehrlicher Glieder und Verhinderung des Zutrommens nicht notwendiger neuer Glieder alle Waren auf dem kürzesten Wege unter Kontrolle der Preisfeststellung an die letzten Verbraucher gebracht werden können, daß durch Verbesserung der Transport- und Lagereinrichtungen sich außerordentliche Ersparnisse erzielen lassen.

Wir müssen zur Bedarfsdeckungswirtschaft kommen, d. h. zur weitestmöglichen Ermittlung des Bedarfs fester Kundenkreise und seine Befriedigung durch Kundenproduktion im größten Ausmaß. Technische Schwierigkeiten stehen dem nicht entgegen, nur heute überholte, daher falsche wirtschaftspolitische Auffassungen und zu starke privatkapitalistische Interessen.

Wir müssen leider „Geweht bei Fuß“ stehen, weil das Bürgertum unseren wirtschaftspolitischen Standpunkt für falsch hält, wir aber hier keine Konzessionen machen können.

Goffentlich ist sich das Bürgertum, das zum „Wieder-auf-a“ heute die Minister stellt, sich der ungeheuren Verantwortung auch voll bewußt.

Berlin-Spandauer Terran-A-G. Im neuen Jahre verkaufte die Gesellschaft an die Stadtgemeinde Charlottenburg rund 418 Morgen von dem 476 Morgen umfassenden Grundbesitz der Gesellschaft. Dieser Komplex ist zur Schaffung von Kleinhäusiedlungen bestimmt. Durch den Verkauf erleidet die Gesellschaft einen Buchverlust, erhält aber erhebliche Geldmittel.

Millioneninvestitionen in der Hochseefischerei. Nach Mitteilung des Fischereidirektors Quebert in Cuxhaven wurden im letzten Jahre in der dortigen Hochseefischerei etwa 30 Mill. M. Kapital neu angelegt (investiert).

Gewerkschaftsbewegung

Beiratsitzung des Deutschen Landarbeitersverbandes.

Im Deutschen Landarbeitersverband wurde durch Beschluß der in diesem Jahre abgehaltenen Generalversammlung ein Beirat aus Mitgliedern ernannt. Kurzlich fand die erste gemeinschaftliche Sitzung des Verbandsvorstandes und des Beirats statt. Zum Vorsitzenden des Beirats wurde Otto Jeschke, Jöhndorf bei Berlin, Doppelpf. 5, gewählt.

Der Verbandsvorstand erstattete zuerst Bericht über die allgemeine Lage im Verbandsgelände. Es entspann sich darüber eine lebhafte Aussprache, und sämtliche Beiratsmitglieder billigten die Stellung des Verbandsvorstandes im allgemeinen wie ganz besonders gegenüber den wilden Streiks. Es wurde demnach folgender Beschluß gefaßt:

Beirat und Verbandsvorstand stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß Arbeitseinstellungen erst erfolgen dürfen, wenn die Genehmigung zur Arbeitsniederlegung durch den Verbandsvorstand nach Anhören der Gewerkschaft erfolgt ist. Dies bedingt, daß der Verbandsvorstand vor dem Beginn einer Lohnbewegung über eine solche Arbeitseinstellung zu unterrichten und während der Dauer der Bewegung über alle Fragen auf dem laufenden zu halten ist. Nur dann ist die Gewährung gegeben, daß der Verbandsvorstand gemäß § 20 des Verbandstatuts alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen und nach rechtmäßig erfolgter Arbeitseinstellung die statutarisch vorgesehene Unterjochung begehren kann.

Bei den großen Anforderungen, die durch das schnelle Wachstum des Deutschen Landarbeitersverbandes an die Kasse gestellt werden, mußte der Verbandsvorstand schon dazu übergehen, höhere Beitragssätze in Vorschlag zu bringen, als auf der letzten Generalversammlung beschlossen wurde. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen zu dieser Maßnahme, und Verbandsvorstand und Beirat sind laut Statut berechtigt, derartige Beschlüsse zu fassen. Der bisherige Höchstbeitrag, wie ihn die Generalversammlung beschlossen hat, betrug 1,25 M. die Woche. Jedoch sind diese höheren Beiträge noch nicht recht zur Einführung gekommen. Der Beirat hat dem Vorschlag des Verbandsvorstandes zugestimmt, eine Erhöhung der Wochenbeiträge bis zu 3 M. zur Durchführung zu genehmigen. Der ebenfalls einstimmig gefaßte Beschluß zu dieser Frage lautet wie folgt:

Der Beirat des D. L. A. hat sich davon überzeugt, daß mit den im Statut festgelegten ordentlichen Beiträgen die Organisation nicht lebensfähig ist und tritt dem Vorschlag des Verbandsvorstandes bei, die Beiträge entsprechend den Stundenlöhnen bis auf 3 M. pro Woche zu erhöhen.

Der Beirat erwartet, daß die Mitglieder des Verbandes die Notwendigkeit einsehen und schleunigst den Ausbau des Beitragsmensens zur Durchführung bringen.

In der Sitzung wurde noch die Frage des Steuerabzugs in der Landwirtschaft behandelt. Die Lohnformen, d. h. der jeweilige Anteil in bar und Naturalien, sind grundverschieden in Deutschland. Ganz besonders bei den Dienstleistungen entstehen große Schwierigkeiten, weil der Arbeiter zum Teil sehr niedrig ist. Vorstand und Beirat des Deutschen Landarbeitersverbandes rufen die dringende Mahnung an Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, diese schwierige Frage auf dem Wege der Verständigung zu erledigen, damit dadurch keine Streiks entstehen. Die Arbeitseinstellung für die Land- und Forstwirtschaft wird in diesen Tagen darüber verhandelt, um den Regierungsvorstellungen zu unterbreiten.

Angestelltenstreik in den Golpaer Elektrowerken.

Am Freitag ist die gesamte Angestelltenchaft der Elektrowerke A. G. in Föhrenschütz und der Grube Golpa in Golpa in den Streik getreten. Ueber die Ursachen des Ausstandes wird und aus Angestelltenkreisen folgendes berichtet:

Bekanntlich war das Werk durch Befehle der Technischen Hofbehörde während des Kapp-Putsch in einen trübseligen Zustand gebracht worden. Die Arbeiter und Angestellten hatten es jedoch im Hinblick auf unsere wirtschaftliche Lage in kurzer Zeit auf eine glänzende Höhe gebracht. Die von den Arbeitern für ihre ungenügende Vorkriegszeit geforderten Leistungsprämien wurden von der Direktion abgelehnt. Die Arbeiterschaft erzwang sich diese Prämie durch Streik. Bald darauf stellten auch die Beamten die Forderung, mit an den Prämien teilzunehmen. Diese Forderungen wurden gleichfalls rundweg abgelehnt; die Angestellten sahen sich daher nach vergeblichen Verhandlungen genötigt, in den Streik zu treten.

Die Generaldirektion in Berlin sprach am Sonnabend, den 26. Juni, die Drohung aus, daß, wenn die Angestellten die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen, die gesamte Arbeiterschaft binnen drei Tagen entlassen und den Beamten die Kündigung ausgesprochen würde.

Wenn die Unternehmer jedoch glauben, durch Stilllegung eines solchen Werkes, das auch Berlin und Kummelsburg mit Strom versorgt, die Arbeiter und Angestellten für sich gewinnen zu können, so täuschen sie sich sehr. Durch die Verlosung tausender Angestellter und Arbeiter wird dem Wirtschaftsleben nicht gedient. Haben Angestellte und Arbeiter in gleicher Weise an der Prosperität des Werkes Anteil genommen, so ist nicht einzusehen, weshalb die Direktion die gefällte Forderung kurzerhand ablehnt. Ein verständiges Eingehen auf dieselbe hätte dem weiteren Gedeihen des Werkes und damit dem allgemeinen Wirtschaftsleben nur von großem Nutzen sein können.

Zum Streit der städtischen Arbeiter Vorwärts

wird und in Ergänzung unserer Meldung in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ folgendes geschrieben: Schon seit dem 1. April finden Lohnverhandlungen statt zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Magistrat. Da man zu keiner Einigung kommen konnte, wurde von beiden Seiten der Zentral-Schiedsgerichtsausschuss angerufen, welcher nach dem bestehenden Tarifvertrag als höchste Instanz zu entscheiden hatte. Der gefällte Schiedsspruch wurde sowohl seitens der Arbeiter wie auch des Magistrats angenommen, während das Stadtverordnetenkollegium die Annahme ablehnte. Den beteiligten Gewerkschaften blieb nun auf Drängen der Arbeiter nichts anderes übrig, als den Streik zu proklamieren, nachdem die Arbeiterschaft bei der Abstimmung fast einstimmig den Streik beschlossen hatte.

Bei den Angestellten liegt der Streikfall nach längere Zeit zurück. Die Angestellten versagen seit Oktober 1919 den Wählern eines Tarifs mit dem Magistrat herbeizuführen. Bisher hat es der Magistrat verstanden, die Regelung zu verschleppen, indem er durch kleine Vorschlagszahlungen die Gewässer immer wieder zu beruhigen versuchte. Die Absicht dieses Wanders liegt klar zutage. Man will für die Nichtständig-Angestellten für die Zukunft nicht ein festes Vertragsverhältnis eingehen, um die Handhabe zu behalten, dieselben jederzeit auf die Straße zu setzen. Nach den letzten Verhandlungen sind die Angestellten des ewigen Vorkaufsystems überdrüssig geworden und haben in der Urabstimmung mit 90 Proz. Mehrheit den Streik beschlossen. Arbeiter und Angestellte sind entschlossen, die Aktion gemeinsam durchzuführen, und werden nur dann die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die beiderseitigen Forderungen bewilligt sind.

Dem Gewerkschaftlichen Bund Deutscher Verwaltungsberechtigten erhalten wir eine Verichtigung, die sich auf einen in Nr. 161 des „Vorwärts“ enthaltenen Artikel von Max Grönsfeld über das Verhalten der Beamenschaft gegenüber dem Kapp-Putsch bezieht.

Es ist unwohl, daß der Gewerkschaftliche Bund Deutscher Verwaltungsberechtigten bei den Verhandlungen in Deutschen Beamtenbünde am 14. März d. J. durch seinen Vertreter Boder erklärte, bereits mit der neuen (Kapp-) Regierung in Verbindung zu stehen. Der Bundesvorstand hat wieder mit der Kapp-Regierung in Verbindung gestanden, noch hat er seinen Bundessekretär Boder beauftragt, eine derartige Erklärung abzugeben.

Wir müssen es dem Verfasser überlassen, zu obiger Verichtigung Stellung zu nehmen.

Deutscher Verleger-Verband. Ber. Ber. 15. Papiermarkt: tende Industrie. Freitag, den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Schlichter, Neue Salabir. 24/25.

Bericht für den reiblich Teil: Dr. Werner Weiler, Charlottenburg; für Rommer: Dr. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einbinder: S.

Befreiung

von staatlicher Angestelltenversicherung ermöglicht Beantragung einer Lebensversicherung bis zum 30. Juni 1920 bei der **Gothaer Lebensversicherungsanstalt a. G.**

Bisher abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 750 Millionen Mark.

Kostenlos Auskunft erteilen die Vertreter:

Karl Sirasbe, Bevollmächtigter für Preußen, Berlin SW 68, Bismarckstr. 87.
 Fernruf: Centrum 2651 u. 2662.

A. Jatzko, Berlin N. Schönehauser Wäse 140.
 Fernruf: Humboldt 3870.

Hermann Nachreit, Berlin SW, Johanniterstraße 3. Fernruf: Moritzplatz 4828.

H. Gebhardt, Berlin SW, Schlegelstr. 6.
 Fernruf: Centrum 1882.

Dr. Wurtschmidt, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstraße 49. Fernruf: Politzburg 2305.

Job. Wilh. Schulz, Potsdam, Breite Str. 12.

H. Jenner, Berlin-Bez. Himmelpfandstr. 31.

Nutzeisen

Ankauf Verkauf

Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben

Cohn & Borchardt, Dln.-Lichtenberg
 Rintgenstr. 4/45. Tel.: Lichtenberg 616-647.

Nutzeisenabteilung: 8286*
 Maybach-Ufer 12-13, Nähe der Kottbuser Brücke.

Zähne v. 4 an

Teillzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1,50. Zahnfleisch mit Einpräg. höchst schmerzlos. Umarm. schlechtes Gebisse. Kein Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.

!!! Geld !!!

Zugroßhandlung sucht p. sofort tüchtig. Vlah-Vertreter gegen hohe Provision. Gelde, welche bei Schneiderrückkäuf mit eingekauft sind, erhalten bei Verzugs. 1429

Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften unter L. 55 an die Hauptred. d. Bismarckstr.

Altmetalle,

Quarzflügel, Stahl, Zinn usw. höchstzahl. Metallschmelze, Vringelmannstr. 17, 100 L. Barth

Apollo

7 1/2 Theater 7 1/2
 Direkt. James Klein.

Nur noch 3 Tage
Natur-Ballett
 Varieté-Gastspiel
Franz Groß
 v. Theat. d. Westens
 8 welt. Sensationen

Parabellum
 Pistolen, Gewehre aller Art kaufen
Frank & Co., W. S.
 Markgrafstr. 30.

Frauen

Die von der fr. Obernabnahme an der geburtshilflich. Klinik der Charité, Berlin, Frau Anna Hein, tausend. erprobten Menstrual-Tropfen dürfen keiner Frau fehlen. Flasche M. 19. Pulver M. 5. Versand diskret p. Nachn. von Frau Anna Hein, b. H. W. 100, Potsdamer Str. 135a, 1. Stg. Prospekt gratis.

Dr. med. Grätering

Haut-, Horn-, Unterleibsd. u. Menstr. Frauen, Blasen-, Invalidenstr. 33, Ecke Chausseestr. Steit. Bht. Spr. 11-1 u. 4 1/2-5 1/2. Sonnt. 12-1



Karrenwagen

und alle anderen Transportgerätschaften. Groß. Bertha G. Wagner, Cöpenick, St. 71

Semmelredel

Die Kunst der freien Rede

Preis 1 Mark und 20 Pf., über 25 Bände: Referentenführer Preis 4,50 Mark u. 20 Pf.

Zustandigung, Vertriebsstelle: Berlin C 24, 65, Unter den Eichen 2

Verkäufe

Baubenzolplatten! 5000 Doppel-Platten aus 2 Brennstoffen besten Brennstoffen auf Oelfeld, 0,33 x 1,10 Meter. Preis pro Doppelplatte 5 Mark ab Sommerplatz der W. B. G. Werte. Johannisthal, Verdinglager Groß-Berliner Deum. 747 D

Sanftmutter, Stützflügel, vollkommen verstellbar. Preis: Halberstraße 41. 14200

Kübelwagen, Ambrosius verkauft. Gurtsche, Grommstraße 24, 2. Aufgang III. 1406

Herzempfehlung 200 - Wolfo- onlinge um Polster, Beschneidungsbretter 18. 1404

Garten-, Röhren-, Eisen-, Stacks, Bettdecken, Wollwaren, preiswert. Gabelbergerstraße 13. 1322*

Einvieltel Weinbollen,

Biologen, Storren, Zinsen, Röhren, Bitter, (Unterstützung) - - - - -

Mediz.

Jetzt: geliebte Weinbollen, 2010 Mark. Entschende farbige Röhren 875, 850, 1240 Mark. Einzelstücke, viel Gebirgsbrennerei, Wölschlag, Weinbrennerei, Straße 100, Eingang, Kellnerstraße. 1275*

Reich, modern, mit und ohne Verkleidung, in der, in der, ist von 400 Mark ab. Fürstentum, Altkönigsstraße, 22. Gebirgsbrennerei, 2. 1322*

Wohnungsmarkt

Wieling-Platz, neue, gute gebaute, mobile, Gebirgsbrennerei, Kottbuserstr. 5. 752*

Unterricht

Rufschulung Deutsch sprechen, über den lehr. Erwerb, abends erfahrener Sprachlehrer. - - - - -

Wandergänger verliert man als Wanderer, wenn man nicht früh wachet. - - - - -

Reinigungswort es es mehr, von „Schulz und Haus“ zu sprechen, wenn jeder regelmäßig die Arbeit und Verantwortung der Elternverpflichtung. - - - - -

Verschiedenes

Streueregen und - - - - -

Waldes - - - - -

Arbeitsmarkt

Reisereise über - - - - -

Reise - - - - -

Wohnungsmarkt

Wohnungsmarkt - - - - -

Wohnungsmarkt - - - - -